

## **Die koreanischen Bergarbeiter in Deutschland. Gestern und Heute**

Von Yoon Woon-sup und Kim Hae-dong

*In Deutschland leben gegenwärtig ca. 5 Mio. Ausländer, darunter ca. 30.000 Koreanerinnen und Koreaner. Während in den 60er und 70er Jahren die koreanische Minderheit in Deutschland fast ausschließlich durch Krankenschwestern und Bergarbeiter gebildet wurde, ist der Anteil von Studenten und Geschäftsleuten in den letzten Jahren stark angestiegen. Die ersten koreanischen Bergarbeiter kamen am 23. November 1963 in die Bundesrepublik. Bis 1980, in dem Jahr traf die letzte Gruppe Bergarbeiter ein, arbeiteten bei zwei Bergwerksgesellschaften insgesamt 7.936 Koreaner, ca. 70% davon bei der Ruhrkohle AG. (RAG) die verbleibenden beim Eschweiler Bergwerksverein (EBV) in Nordrhein-Westfalen.*

Die Vertragsbedingungen der Koreaner waren härter als die der Gastarbeiter aus anderen Ländern. Gemeinsam war ihnen, daß sie einen großen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik nach dem Krieg leisteten. Die Koreaner wurden zu wesentlich schlechteren Bedingungen in die BRD geholt und mußten nach dreijähriger Arbeit nach Südkorea zurückkehren. Die rigiden Zwangsrückkehrbedingungen wurden schließlich im Juni 1978 verändert und ab November 1980 aufgehoben. Dadurch konnten die koreanischen Bergleute, die im Jahre 1980 in die BRD gekommen waren, über ihren weiteren in Deutschland entscheiden.

### **Hintergründe des Exports von koreanischen Bergarbeitern**

Die Anwerbung der koreanischen Bergarbeiter begann auf Grund eines Abkommens zwischen der Regierung der Republik Korea und der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1963. Dieses Abkommen war als "Entwicklungsprogramm" zu verstehen und sollte der beruflichen und technischen Entwicklung der koreanischen Bergarbeiter dienen.

Der damalige südkoreanische Präsident Park Chung Hee versuchte, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes durch eine exportorientierte Politik voranzutreiben. Die forcierte Exportpolitik, zunächst konzentriert auf die Leichtindustrie, führte wegen des Imports der benötigten Rohstoffe zu einem rapiden Anwachsen der Auslandsschulden. Außerdem wanderte die ländliche Bevölkerung in die Städte, da sie auf dem Land ihren Lebensunterhalt nicht mehr verdienen konnten. Die Arbeitslosigkeit nahm als Folge stark zu. Um diesen Teufelskreis von fehlendem Kapital und hoher Arbeitslosigkeit zu durchbrechen, ging die Regierung dazu über, das einzig vorhandene Kapital, menschliche Arbeitskraft, zu exportieren.

Außer dem Export von Krankenschwestern und Bergarbeitern in die BRD beteiligte sich Südkorea zwischen 1964 und 1972 mit ca. 313.000 Soldaten am Krieg in Vietnam, wodurch für die Realisierung des 2. Fünf-Jahr-Planes dringend benötigtes Kapital eingenommen wurde. Darüber hinaus wurden Mitte der 70er Jahre 70.000 Bauarbeiter nach Saudi-Arabien entsandt, die jährlich 3 Mrd.US\$ Devisen erwirtschafteten. Die koreanischen Krankenschwestern in der BRD überwiesen jährlich 50 Mio.US\$ nach Südkorea. Eine weitere Einnahmequelle waren die Kinder, die für Geld zur Adoption ins Ausland freigegeben wurden.

Auf der anderen Seite litt der Bergbau in Westdeutschland in den 60er Jahren an erheblichem Personalmangel. Obwohl der Nachfrage nach Kohle wuchs, waren nur wenige junge Deutsche bereit, die gefährliche Arbeit unter Tage zu verrichten. Die Belegschaften

überalterten. Deshalb warben die deutschen Bergbauunternehmen und die Regierung die koreanischen Bergarbeiter unter der Bezeichnung der Entwicklungshilfe an. Insgesamt sind die tatsächlichen Erfolge beim "Techniktransfer" in Rahmen diese Programms sehr skeptisch zu bewerten, was auch aus der Beurteilung durch die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) hervorgeht.

### **Lebens- und Arbeitsbedingungen der koreanischen Bergleute**

Der überwiegende Teil der Koreaner, die für drei Jahre als Bergarbeiter in die BRD kamen, war verheiratet und verantwortlich für den Lebensunterhalt der Familienmitglieder in der Heimat. Eigentlich sollten Bergarbeiter mit Erfahrung angeworben werden, tatsächlich kamen hauptsächlich Studenten, Angestellte und andere Personen ohne fachliche Vorbildung.

In der BRD angekommen, lernten sie einen Monat lang das notwendige Vokabular, das sie für die Arbeit im Bergbau benötigten. Sie wurden dann für die Arbeit 1.000 m unter Tage, bei 1,50m Deckenhöhe, Temperaturen von 40°C und wirbelndem Stein- und Kohlestaub eingesetzt. Selbst den kräftigsten Koreanern fiel es schwer, die Arbeit zu bewältigen.

Nach einer dreimonatigen Probezeit erhielten die Koreaner das Gehalt eines Neubergmanns. Da die Arbeit nach Leistung bezahlt wurde, erhielten viele nur den Mindestlohn. Der Monatslohn betrug damals zwischen 800-1100DM. Außer 250DM, die für die Bezahlung der Unterkunft und das Essen gebraucht wurden, überwiesen sie alles an die Familie in Südkorea.

Die Unterkünfte, die die Bergbauunternehmen den Koreaner zur Verfügung stellten, waren von Ort zu Ort verschieden. Aber meistens wohnten die Bergarbeiter in 12-20m<sup>2</sup> großen Räumen, in denen je vier Personen lebten. 120 Personen teilten sich drei Duschen, eine Küche und ein Toilett. Diese widrigen Bedingungen wirkten sich auf die Beziehungen der Koreaner untereinander negativ aus, so daß es zu Unmut und Streitereien kam. Eine private Wohnung zu suchen war schon wegen der Sprachprobleme für die Bergarbeiter nicht realisierbar. Auf die von der Botschaft gestellten Dolmetscher griff man möglichst nicht zurück, da man davon ausging, daß sie neben dem Dolmetschen noch andere Aufgaben wahrnahmen. Kontakte mit Deutschen konnten wegen mangelnder Verständigung nicht geknüpft werden, die Koreaner lebten völlig isoliert.

Die koreanischen Bergarbeiter waren Gewerkschaftsmitglieder, da der Mitgliedsbeitrag automatisch vom Lohn abgezogen wurde. Geholfen hat ihnen die Gewerkschaft jedoch nicht, da für sie die Probleme der Koreaner weit weg waren "wie das Feuer über dem Fluß".

Der Arbeitsvertrag, der die Rückkehr nach Beendigung des dreijährigen Vertrages vorschrieb, enthielt Klauseln, die Grundrechte verletzen und Ungerechtigkeiten seitens der Arbeitgeber begünstigten. Die Verträge waren sozusagen "Lehrlingsverträge". Bei Verletzungen oder Todesfall gab es keinerlei gesetzlichen oder sozialen Schutz für den Betroffenen oder seinen Hinterbliebenen. Man konnte ohne gesetzliche Entschädigung entlassen und nach Hause geschickt werden. Eine Berechtigung zum Bezug von Arbeitslosengeld gab es nicht.

Um die drei Jahre zu überstehen und gesund zur Familie zurückzukehren, simulierte man und ließ sich oft krank schreiben. Deshalb wurde 1976 der Vertrag geändert und als ein zusätzlicher Entlassungsgrund die häufige Krankschreibung hinzugefügt wurde. So arbeiteten Koreaner unter der ständigen Entlassungsandrohung und für einen niedrigen Lohn.

Die Schwierigkeiten der koreanischen Bergarbeiter sind zum großen Teil auch auf die Haltung der damaligen südkoreanischen Regierung zurückzuführen. Diese nutzte ihre Rechte und Möglichkeiten nicht, um im Interesse ihrer Bürger Einfluß darauf zu nehmen, unter welchen Bedingungen diese im Ausland lebten und arbeiteten. Bei den Verträgen von 1963, 1971 und 1976 gab es keine Einwände durch die südkoreanische Regierung um Verbesserungen zu erwirken.

### **Explosion des Unmuts und Verbleib in Deutschland**

Der angestaute Unmut entlud sich im Jahr 1979. Ende der 70er Jahre erlebte die Weltwirtschaft eine Krise und die Bundesrepublik war da keine Ausnahme. Die BRD, die den Millionsten Gastarbeiter noch mit einem Blumenstrauß empfangen hatte, war nicht nur nicht mehr in der Lage, weitere Gastarbeiter aufzunehmen, sondern empfand die bereits im Land befindlichen Gastarbeiter als eine Last, der man sich durch Zwangsrückkehr entledigen wollte. Die koreanischen Bergarbeiter konnten die rigorose Politik der Zwangsrückkehr nicht einfach hinnehmen und ließen nach 16 Jahren zum ersten Mal ihrem Zorn freien Lauf und starteten eine Aktion gegen die Maßnahme. An die deutsche Regierung wurden folgende Forderungen gestellt:

- \* Aufhebung der Befristung der Verträge auf drei Jahre
- \* Gleiche Arbeitsmöglichkeiten für Koreaner wie für die anderen Gastarbeiter
- \* Gleiche soziale Stellung
- \* Gleiche Chancen für die berufliche Umschulung.

Die Aktion entwickelte sich zu einer breiteren Bewegung, zumal die koreanischen Krankenschwestern gleichzeitig gegen die Zwangsrückkehr mit einer Unterschriftenaktion aktiv waren. Das "Koreanische Menschenrechtskomitee für die Bergarbeiter" startete ebenfalls eine Unterschriftenaktion für die Bergarbeiter, die von deutschen kirchlichen Institutionen (CAJ, ESG) unterstützt wurde. An der Aktion beteiligten sich 400 der in der BRD noch verbliebenen 800 koreanischen Bergleute.

Die Aktion brachte positive Ergebnisse für die Beteiligten, wobei die Ereignisse in Südkorea, wo im Mai 1980 der Kwangju-Aufstand blutig niedergeschlagen wurde, eine Rolle bei den Entscheidungen der deutschen Regierung gespielt haben dürften. Die Verwaltungsvorschrift, die bisher nur für die anderen Gastarbeiter gegolten hatte, bezog sich nun auch auf die Koreaner. Danach wurde den Ausländern, die länger als fünf Jahre in der Bundesrepublik arbeiteten, die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis garantiert. Diejenigen, die sich länger als 8 Jahre hier aufhielten, erhielten eine Aufenthaltsberechtigung.

Viele von uns ergriffen jetzt die Chance einer Umschulung in einen anderen Beruf. Berufliche Umschulungsmöglichkeiten gab es vorher nur mit Hilfe der kirchlichen Einrichtungen. Ca. 200 Koreaner hatten auf diesem Wege Berufsausbildungen in den Bereichen Metall und Chemie erlangt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) unterstützte 165 Koreaner bei Ausbildungen als Schlosser, Dreher, Schreiner und Kaufmann. 1977 gab es Umschulungsmöglichkeiten im Klausenhof und im Berufsausbildungszentrum der Firma Siemens in Bocholt.

Die Umschulung hatte die Verpflichtung zur Rückkehr in die Heimat als Aufnahmebedingung und wurde vom BMZ voll finanziert. Durch dieses Projekt erlangten bis

1980 120 Personen ihre beruflichen Abschlüsse, nur 60% von ihnen gingen nach Korea zurück.

Durch Umschulung, durch ein Studium oder durch Heirat erreichten die ehemaligen Koreaner einen längeren Aufenthalt, bildeten eine koreanische Gemeinschaft in Deutschland, die "deutschen Koreaner", so daß viele nun seit fast 30 Jahren in Deutschland leben. Die zweite Generation befindet sich bereits im Erwachsenenalter.

### **Schlußbemerkungen**

Die koreanische Gemeinschaft in Deutschland entwickelte sich durch den Export von Humankapital zum Ziele der Devisenbeschaffung, nicht durch Immigration. Die koreanische Gemeinschaft ist einerseits relativ stabil, andererseits statisch. Zahlenmäßig ist sie im Wachsen begriffen, insgesamt altert sie jedoch. Die zahlenmäßige Schwäche führt dazu, daß der koreanischen Minderheit in Deutschland kaum eine Bedeutung zukommt. Es ist deshalb auch schwierig, mit der deutschen Mehrheitskultur eine multikulturelle Beziehung zu knüpfen, ohne die eigene Identität zu verlieren.

Die koreanische Gemeinschaft sollte sich darum bemühen, die eigene Identität im Inneren zu stärken und die Kontakte zwischen den zahlreichen Gruppen auszubauen bzw. erst zu entwickeln. Dabei sollten gemeinsame Themen wie z.B. die Erziehung, Kultur, demokratische Rechte als Minderheit diskutiert werden. Außerdem besteht eine Herausforderung darin, den Zusammenhalt und die Kommunikation innerhalb einer Generation und zwischen verschiedenen Generationen zu verstärken. Versorgung im Alter ist ein Problem, das der gemeinsamen Lösung bedarf. Als ausländische Minderheit müssen wir unsere Rechte fordern und als Mitglied der Gesellschaft unsere Pflicht tun, um für die Demokratie in Deutschland einen Beitrag zu leisten.

Nach der Vereinigung von Deutschland sind wir vermehrt mit dem Problem des Ausländerhasses konfrontiert. Es gibt Terror und Unterdrückung, Brandstiftung und Mord. Auch wir haben uns nicht aktiv dagegen eingesetzt. Als die vietnamesischen Arbeiter zwangsweise in ihre Heimat zurückgeschickt wurden, haben wir etwa daran gedacht, wie es uns in der Vergangenheit ergangen ist und uns solidarisiert? Wir glauben nicht. Wir haben uns eher dem Standpunkt der Deutschen näher empfunden. Die Rechte der Minderheiten zu wahren und die deutsche Gesellschaft zu demokratisieren, ist eine Aufgabe auf dem Weg zu einer multikulturellen Gesellschaft. Wir müssen uns unserer Identität bewußt machen und unsere Rechte und Pflichten dürfen wir nicht vergessen.

*Dieser Beitrag ist eine gekürzte Übersetzung eines Vortrages, den Yoon Woon-sup auf einer Veranstaltung der Korea-Tage 1995 im September 1995 in Berlin gehalten.*

**Kim Hae-dong** ist Vorsitzender der Koreanischen Arbeitergruppe in Berlin, in der auch **Yoon Woon-sup** aktiv mitarbeitet.

This document was created with Win2PDF available at <http://www.daneprairie.com>.  
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.